

EVB-IT RAHMENVEREINBARUNG

**über den „Erweiterung der Antragsformulare und Projektverwaltungsprozesse
des Deutschen Forschungsdatenportals für Gesundheit (FDPG) auf weitere
Datenquellen“**

Zwischen

TMF – Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische
Forschung e.V.,
vertreten durch den Vorstand,
dieser vertreten durch den Geschäftsführer Sebastian C. Semler,
Charlottenstraße 42, 10117 Berlin

im Folgenden „TMF“ oder „Auftraggeberin“ genannt,

und

Angaben Auftragnehmer,

im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt,

einzelnen oder gemeinsam „Vertragspartei“ bzw. „Vertragsparteien“ genannt,

wird nachfolgender Vertrag geschlossen:

Präambel

Ziel dieser Rahmenvereinbarung ist der Ausbau und die Erweiterung bzw. die Verbesserung der Funktionen der Projektverwaltungssoftware des Deutschen Forschungsdatenportals für Gesundheit (FDPG). Diese Rahmenvereinbarung enthält die grundlegenden Regelungen für die Beauftragung von hierfür erforderlichen Entwicklungs- und Pflegeleistungen des Auftragnehmers.

§ 1 Grundleistungen

- (1) Mit der Zuschlagserteilung überträgt die Auftraggeberin dem Auftragnehmer die sog. Grundleistungen gemäß Leistungsbeschreibung (**Anlage 2**). Die Grundleistungen beinhalten die Umsetzung sämtlicher in dem „Katalog A-Kriterien“ benannten Anforderungen sowie zusätzlich die Umsetzung der in dem „Katalog B-Kriterien“ vom Auftragnehmer im Angebot (**Anlage 3**) als „erfüllt“ markierten Anforderungen.
- (2) Für die Grundleistungen findet der dieser Rahmenvereinbarung als **Anhang 1** beigefügte Softwareerstellungsvertrag–Grundleistungen Anwendung.
- (3) Die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung gelten auch für den Softwareerstellungsvertrag über die Grundleistungen.

§ 2 Weitere Leistungen (Einzelverträge)

- (1) Darüber hinaus kann die Auftraggeberin vom Auftragnehmer den Abschluss von Einzelverträgen für weitere **Entwicklungs- und Pflegeleistungen** gemäß Leistungsbeschreibung (**Anlage 2**) fordern; die Auftraggeberin hat im Rahmen dieser Rahmenvereinbarung und ihrer Regelungen einen entsprechenden Anspruch.
- (2) Die Einzelverträge werden ausschließlich auf der Grundlage und unter Nutzung des beigefügten Vertragsmusters Softwareerstellungsvorlage-Einzelleistungen (**Anhang 2**) geschlossen.
- (3) Wenn die Auftraggeberin einen Einzelvertrag über entsprechende Entwicklungs- und Pflegeleistungen abschließen will, wird sie vom Auftragnehmer ein entsprechendes Angebot anfordern. Die Aufforderung zur Angebotsabgabe wird die zu erbringenden Entwicklungs-

und Pflegeleistungen näher konkretisieren sowie den ausgefüllten Softwareerstellungsvvertrag enthalten. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall innerhalb von **10 Werktagen** nach Zugang der Aufforderung zur Angebotsabgabe auf eigene Kosten mindestens in Textform ein Angebot über die angeforderten weiteren Entwicklungs- und Pflegeleistungen zu übergeben. Dem Angebot sind die im Preisblatt (**Anlage 3**) vereinbarten Stundenverrechnungssätze gemäß der für die Leistung fachlich erforderlichen Qualifikation des Personals unter Angabe des erforderlichen Zeitaufwands zu Grunde zu legen. Weitere Zuschläge fallen nicht an. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat der Auftragnehmer ein Angebot für eine pauschale Vergütung auf der Basis des angezeigten voraussichtlichen Zeitaufwands für die zu erbringenden Entwicklungs- und Pflegeleistungen zu unterbreiten. An das Angebot ist der Auftragnehmer während eines mit dem Zugang bei der Auftraggeberin beginnenden Zeitraums von **vier Wochen** gebunden.

- (4) Anschließend erfolgt eine Bewertung des Angebots durch die Auftraggeberin. Die Auftraggeberin entscheidet, ob die Leistung beauftragt wird. Die Einzelbeauftragung erfolgt dadurch, dass die Auftraggeberin dem Auftragnehmer die Annahme des Angebots in Textform mitteilt. Mit Zugang einer solchen Mitteilung beim Auftragnehmer ist der betreffende Einzelvertrag geschlossen.
- (5) Die Verpflichtungen gemäß Ziffer § 2 Abs. 3 dieser Rahmenvereinbarung bestehen nur dann nicht, wenn die Aufforderung zur Angebotsabgabe objektiv nicht marktgerecht ist, dem Auftragnehmer insbesondere keine angemessene Vorlaufzeit sowohl für das Unterbreiten des Angebots als auch für den vorgesehenen Leistungsbeginn gewährt wird.
- (6) Die Auftraggeberin ist berechtigt aber nicht verpflichtet, Einzelverträge mit dem Auftragnehmer abzuschließen. Es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers auf Erteilung einer Mindestanzahl an Einzelverträgen durch den Auftraggeber oder auf einen Mindestumfang abzurufender Leistungen.
- (7) Die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung gelten auch die Einzelverträge.

§ 3 Vertragsschluss

Diese Rahmenvereinbarung und damit auch der Softwareerstellungsvvertrag-Grundleistungen (**Anhang 1**) kommen kraft Zuschlagserteilung unmittelbar zustande. Die Zuschlagserteilung kann in Textform erfolgen. Einzelverträge unter dieser Rahmenvereinbarung werden kraft Annahme des Angebots des Auftragnehmers durch die Auftraggeberin geschlossen. In beiden Konstellationen hat die Unterzeichnung der jeweiligen Vertragsurkunde daher nur deklaratorische Wirkung.

§ 4 Vertragsbestandteile

- (1) Bestandteile dieser Rahmenvereinbarung sind in nachstehender Rangfolge:
 - a) die Vereinbarung Auftragsverarbeitung (**Anlage 1**);
 - b) dieser Vertragstext;
 - c) die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, sowie die von dem Auftraggeber im Vergabeverfahren erteilten Auskünfte (**Anlage 2**);
 - d) das Angebot des Auftragnehmers nebst dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Preisblatt, den Eignungsnachweisen und den sonstigen im Vergabeverfahren abgegebenen Erklärungen (**Anlage 3**);
 - e) sowie nachrangig die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.
- (2) Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber diesen im Rahmen des Abschlusses von Einzelverträgen nicht widerspricht.
- (3) Für die Rechtsverhältnisse aus dieser Rahmenvereinbarung sowie allen etwaig geschlossenen Einzelverträgen gelten
 - a) die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung sowie die auf diese bezogenen Anlagen zu geschlossenen Einzelverträgen,
 - b) diese Rahmenvereinbarung,
 - c) **Anhang 1** zu dieser Rahmenvereinbarung sowie der jeweils geschlossene Einzelvertrag und dessen andere Anlagen, wobei in letzterem Verhältnis der Einzelvertrag den anderen Anlagen vorgeht,
 - d) die in einem Einzelvertrag in Bezug genommenen EVB-IT AGB,
 - e) **Anlage 2** zu dieser Rahmenvereinbarung,
 - f) **Anlage 3** zu dieser Rahmenvereinbarung,
 - g) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

in der vorstehenden, absteigenden Reihenfolge. In Konfliktfällen oder bei etwaigen Unklarheiten gehen die Regelungen der jeweils vorrangig anwendbaren Dokumente den Regelungen der jeweils nachrangig geltenden Dokumente vor. Das gilt insbesondere auch für die Rangfolgeregelungen, die abgeschlossene Einzelverträge selbst treffen.

§ 5 Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung und endet am 30.09.2028, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine stillschweigende Verlängerung des Vertrages ist ausgeschlossen. Die Regelung des § 625 BGB findet keine Anwendung.
- (2) Ein vor Ablauf der Laufzeit erteilter, aber noch nicht umgesetzter Einzelvertrag bleibt von der laufzeitbedingten Beendigung dieses Vertrags unberührt. Die durch den Einzelvertrag begründeten Rechte und Pflichten der Vertragspartner bestehen auch nach dem Ablauf dieses Vertrages fort.
- (3) Sofern der Einzelvertrag ein Dauerschuldverhältnis begründet, darf die Laufzeit des Einzelvertrages jedoch nicht mehr als 4 Jahre betragen.
- (4) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (5) Die Wirksamkeit der zwischen den Vertragsparteien geschlossenen Einzelverträge bleibt von einer ordentlichen oder einer außerordentlichen Kündigung der Rahmenvereinbarung unberührt. Die Wirksamkeit einer ordentlichen oder außerordentlichen Kündigung der Einzelverträge richtet sich allein nach den jeweiligen Bestimmungen in den Einzelverträgen.

§ 6 Personaleinsatz

- (1) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen durch das von ihm im Angebot (**Anlage 3**) benannte Schlüsselpersonal sowie durch weiteres Personal. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass durch die personelle Zusammensetzung des Schlüsselpersonals sowie des sonstigen Projektteams die Fachkunde, auf deren Grundlage er den Zuschlag von der Auftraggeberin erhalten hat, während der Ausführung der Leistungen durchgehend vorliegt und erhalten bleibt. Das eingesetzte Personal muss den Anforderungen der Auftraggeberin an Erfahrung und Qualifikation genügen.
- (2) Das vom Auftragnehmer im Angebot (**Anlage 3**) benannte Schlüsselpersonal darf nur aus wichtigem Grund und nur durch Personen mit nachgewiesener mindestens gleicher Eignung, Erfahrung und Qualifikation sowie darüber hinaus nur dann ersetzt werden, wenn der beabsichtigte Wechsel mit Begründung der Auftraggeberin in Textform angezeigt

worden ist und diese ihre vorherige Zustimmung in Textform erteilt hat. Eine Zustimmungsverweigerung darf nicht offenbar unbillig sein. Eine höhere Qualifikation und Erfahrung des ersetzenden Personals begründet keinen Anspruch auf eine höhere Vergütung gegenüber der für die betreffende Funktion, die das ersetzende Personal jeweils übernimmt, vorgesehenen Vergütung.

- (3) Stellt sich im Laufe der Auftragsausführung heraus, dass die angebotene Qualifikation und Erfahrung des Schlüsselpersonals nicht vorliegt oder dass ein Mitarbeiter die für ihn geltenden Anforderungen nicht erfüllt, ist die Auftraggeberin berechtigt, einen Austausch dieses Mitarbeiters vom Auftragnehmer zu verlangen. § 6 Abs. 2, dritter Satz, dieser Rahmenvereinbarung gilt entsprechend.

§ 7 Einsatz von Unterauftragnehmern

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, die Durchführung von Teilleistungen insoweit an Unterauftragnehmer zu vergeben, wie dies bereits im Rahmen der Angebotsabgabe von ihm erklärt worden ist.
- (2) Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistungen oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin an nicht im Rahmen der Angebotsabgabe benannte Unterauftragnehmer übertragen. Vor einer mindestens in Textform erklärten Zustimmung der Auftraggeberin dürfen Unterauftragnehmer nicht ausgetauscht oder weitere Teilleistungen an andere Unterauftragnehmer übertragen werden. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Zustimmung zu einem Austausch eines bei der Angebotsangabe benannten Unterauftragnehmers oder zur Übertragung von weiteren Teilleistungen an andere Unterauftragnehmer gemäß § 4 Nr. 4 Satz 1 VOL/B zu verweigern, wenn der Auftragnehmer nicht den Nachweis führt, dass durch die Leistungsübertragung auf einen Unterauftragnehmer seine im Vergabeverfahren geforderte Eignung nicht nachteilig verändert wird.
- (3) Der Auftragnehmer hat einem Unterauftragnehmer die wesentlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Modalitäten der Vertragserfüllung aufzuerlegen, die er selbst gegenüber der Auftraggeberin unter dieser Rahmenvereinbarung übernommen hat. Der Auftragnehmer hat in dem mit einem Unterauftragnehmer abzuschließenden Vertrag sicherzustellen, dass die Auftraggeberin unmittelbar von dem Unterauftragnehmer auftragsbezogene Auskünfte einholen und Einsicht in die auftragsbezogenen Unterlagen nehmen kann.
- (4) Die an einen Unterauftragnehmer beauftragten Leistungen sind vom Auftragnehmer inhaltlich und terminlich in die vertragliche Leistung zu integrieren. Der Auftragnehmer koordiniert, steuert und überwacht die Leistungserbringung der von ihm beauftragten Unterauftragnehmer umfassend.
- (5) Die Regelungen dieses § 7 gelten für den Fall, dass ein benannter Unterauftragnehmer

einen oder mehrere weitere Dritte einsetzen will, entsprechend.

§ 8 Schlussbestimmungen

- (1) Eine Übertragung dieses Vertrages im Ganzen, von Teilen desselben, oder der aus diesem Vertrag resultierenden Rechte und Pflichten auf eine dritte Partei, bedarf der ausdrücklichen, vorherigen schriftlichen Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei; die Zustimmung darf jedoch nicht unredlicher Weise verweigert werden. Davon ausdrücklich ausgenommen ist eine Übertragung durch die Parteien auf ein mit der jeweiligen Partei im Sinne des § 15 AktG verbundenes Unternehmen.
- (2) Diese Vertragsbedingungen sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages bedürfen zu Beweis Zwecken der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.
- (3) Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht zur Einstellung seiner Arbeiten oder zur Zurückbehaltung von Leistungen und Unterlagen. Bestehen im Einzelfall Meinungsverschiedenheiten über den geschuldeten Leistungsumfang, entscheidet die Auftraggeberin darüber nach billigem Ermessen (§ 315 BGB).
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.
- (5) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftige in ihm aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise ungültig, unwirksam, undurchführbar oder undurchsetzbar sein oder werden, beeinträchtigt ein solcher Mangel nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen, oder zur Ausfüllung der Lücke, soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

_____, den

_____, den

Sebastian C. Semler, Geschäftsführer

Auftragnehmer